Zeitschrift: Puls : Monatsheft der Gruppen IMPULS + Ce Be eF

Herausgeber: IMPULS und Ce Be eF : Club Behinderter und Ihrer FreundInnen (Schweiz)

Band: 22 (1980)

Heft: 9: Politik : politische Praxis

Artikel: Behinderte und Politik

Autor: Grode, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-155703

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

olitik Politik Politik Politik Po

BEHINDERTE UND POLITIK

Voraussetzung für politisches interesse ist die einsicht, dass politische entscheidungen sich auf den individuellen lebensbereich, auf die unmittelbaren interessen, wünsche und hoffnungen auswirken, und dass deshalb eine verknüpfung besteht zwischen individuen und gesellschaft, ein zusammenhang zwischen privater existenz und politischem prozess.

Gerade aber diese einsicht wird einem als behinderter unmöglich gemacht: zu gross sind die tagtäglichen schwierigkeiten. Da wirkt es nur zu wohltuend, wenn jemand kommt und einem wenigstens das schwere schicksal bestätigt. Zu gern glaubt man etwas besonderes, etwas einzigartiges zu sein.
Eine solche einschätzung (sowohl durch die umwelt, als auch, was noch folgenreicher ist, durch sich selbst) führt aber dazu, dass die gegebenheiten den schein des unveränderlichen, naturgesetzlichen, selbstverständlichen erlangen und dadurch jeder kritik entzogen werden.
Politisches urteils- und kritikfähigkeit ist aber nur dann zu erreichen, wenn es gelingt gesellschaftliche widersprüche nicht als persönliche konflikte, sondern als strukturell bedingte gegensätze zu sehen, wenn soziale prozesse als historisch bedingt und gestaltbar angesehen, wenn gesellschaftliche ordnungen und institutionen als an gesellschaftlichen interessen orientierte, von menschen geschaffene und deshalb durch politische praxis veränderbare, begriffen werden.
Auf die behindertensituation bezogen heisst das, nach den politischen kräften zu fragen, die mit den ursachen und folgen von behinderung unmittelbar verknüpft sind:

Die grosse mehrzahl der körperbehinderungen (bei einem grossen teil anderer behinderungen (z.b.: psych. beh.; lernbehinderungen) ist das ebenfalls zu vermuten) hat keine schicksalhaften oder individuellen ursachen, sondern ist gesellschaftlich bedingt:
Auch wenn das bewusstsein der meisten betroffenen ein anderes ist, der zusammenhang zwischen

- Geschäftspraktiken der pharmaindustrie
- kriegen
- verkehrsunfällen
- arbeitsunfällen
- vorzeitigem verschleiss der arbeitskraft

und dem entstehen von behinderungen ist zwar zu verdrängen, aber nicht wirklich zu leugnen.
Sicherlich gibt es formen von schädigungen, die in allen gesellschaften entstehen und als behinderungen angesehen werden. Die art und weise aber, wie es möglich ist als behinderter in einer gesellschaft zu leben, wird nicht nur durch individuelle möglichkeiten, sondern weitgehend durch die innere struktur der gesellschaft bestimmt. Deshalb sind **alle** behinderten von diesen strukturen betroffen. Auf bundesdeutsche verhältnisse bezogen scheinen mir besonders zwei strukturelle problembereiche die situation von behinderten vorzuprägen:

– die notwendigkeit der legitimation einer an profitmaximierung orientierten leistungsgesellschaft.
– die nichtaufarbeitung und damit verbunden, die (un)bewusste übernahme nationalistischer, faschistoider und rassistischer denk- und handlungsweisen.

Doch gesellschaftliche strukturen lassen sich nur dann überzeugend verdeutlichen, wenn es gelingt, den zusammenhang zu täglichen bedürfnissen herzustellen. Das kann nur dadurch geschehen, dass die unmittelbaren interessen, wünsche und konflikte zum ausgangspunkt von aktivem selbstbestimmtem handeln gemacht werden. Auf die lage von behinderten bezogen könnte ein solcher ausgangspunkt die arbeits- und wohnsituation, mit dem ziel einer individuellen entscheidungsfähigkeit für eine den eigenen bedürfnissen und fähigkeiten angemessene umwelt, sein.
Ob dann die individuelle entscheidung z.b. im bereich des wohnens, für eine einzelwohnung, das wohnen in einem heim oder das wohnen in einer wohngemeinschaft; im bereich des arbeitens, für einen arbeitsplatz in konkurrenz (mit nichtbehinderten), das arbeiten in einer werkstatt für behinderte, die bewusste arbeitslosigkeit oder kollektive formen selbstorganisierter arbeit, ausfällt, hängt nicht nur von der einschätzung der art und schwere der eigenen behinderung ab, sondern kann durchaus als maßstab für einen politischen bewusstwerdungsprozess gelten.

Walter Grode, Davenstedter Markt 10, D-3000 Hannover 91

k Politik Politik Politik Politik

Der behinderte lebt nicht von der iv allein

Gedanken über die gegenwärtige situation der behindertenpolitik

Bislang konzentrierte sich das politische augenmerk des behinderten vorwiegend auf die eidg. invalidenversicherung (die sozialpolitische kommission der ASKIO beschränkt ihren aufgabenbereich auf die sozialversicherung; andere politische vorstösse wären dem vorstand vorbehalten als unter dem traktandum "ferner liefen"). Das vor 20 jahren wirklichkeit gewordene "sozialwerk" geht vom prinzip aus "eingliederung vor rente". Aus der entstehungsgeschichte zum bundesgesetz über die einführung der invalidenversicherung vom 19. juni 1959 (zu lesen in der botschaft an die eidg. räte) ist ersichtlich, dass in den 50er jahren mehrere vorstösse zur beruflichen eingliederung behinderten gemacht wurden. So erhielt der begriff "eingliederung" den sinn von beruflicher integration und bestimmt nun das heutige iv-gesetz. Dies entspricht auch der damaligen wirtschaftlichen lage, die expandierend im kreise der behinderten reservekräfte suchte.

Mit dem wirtschaftlichen umschwung ist aber dieser grundsatz ins wanken geraten. Viele betriebe – nicht nur die öffentlichen – sind gezwungen, ihre personalbudgets zu reduzieren und leistungsschwache arbeitnehmer abzustottern (betriebwirtschaftlich ausgedrückt: behinderte neigen zu einem rentenkonsumden-